



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Da lag das Manuskript auf einem Stuhle, wenige Schritte noch, und der Dichter hätte es gesehen, und alles war verloren. In diesem entscheidenden Augenblicke bewies Tante Toni ihr Feldherrntalent. Sie erhob sich von ihrem Stuhle und setzte sich unauffällig mit ihrer ganzen Breite auf das Manuskript. Das Manuskript war nicht zu finden, eben war es noch dagewesen, es war unbegreiflich, wo es hingekommen war. Es half nichts, Doktor Felix Mandelstein mußte sich beruhigen, mußte Platz nehmen und noch eine Rede über sich ergehen lassen. Bei dem darauf folgenden Hoch wäre beinahe noch ein Unheil geschehn, denn Tante Toni, uneingedenk der Verpflichtungen, die sie übernommen hatte, erhob sich, um mit anzustoßen. Aber ihre Nachbarin zog sie an den Falten ihres Kleides wieder auf den Stuhl nieder, wobei Tante Toni ihr Glas Wein auf ihr Kleid goß.

Na, schadt nichts, sagte sie, laß fahren dahin, es war mein altes Bastseidnes.

Am andern Morgen fuhr Herr Doktor Felix davon. Als der Zug der Sekundärbahn über den Stuckenberg hummelte, und der Dichter Schmalzleben, noch geschmückt von dem Feste des Tages zuvor, in seiner vollen Schöne zu seinen Füßen liegen sah, schüttelte er die Faust zum Fenster hinaus und schwur mit heiligen Eiden, nie wieder ein Drama für solche Banaußen zu schreiben. Die Banaußen machten sich nichts daraus, sondern führten ihr Drama noch dreimal für verschiedene gute Zwecke auf. Und drei Verlobungen sind aus der Spielerei hervorgegangen. Und Schmalzleben steht seitdem im Glanze seiner geschichtlichen Vergangenheit groß da.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Wissenschaft in der Opposition. Der ordentliche Professor der Geschichte an der Berliner Universität Dr. Hans Delbrück widmet im Augustheft der von ihm herausgegebenen Preussischen Jahrbücher mehrere Seiten der „Kanalvorlage und der Zuchthausvorlage,“ auf denen er angeblich das „unbefangne, von keinem Sonderinteresse beeinflusste Urteil der Wissenschaft“ zum Ausdruck zu bringen sucht. Er steht dabei gegen beide Vorlagen in der Opposition. Das würde an sich nicht der Rede wert sein, aber der Herr Professor liefert — wenn auch gewiß nur in fahrlässiger Weise — in dieser seiner neuesten journalistischen Leistung einen so interessanten weitem Beitrag zu der jüngst in den Grenzboten besprochenen Geschichtsfälschung über das Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen, und er urteilt über die Kanalvorlage, die bekanntlich in der allernächsten Zeit im preussischen Abgeordnetenhaus zur zweiten Lesung kommen wird, so unverantwortlich ab, daß man in Anbetracht der großen Empfänglichkeit der p. t. gebildeten Leservelt für derlei „wissenschaftliche“ Politik nicht dazu schweigen darf.

Was zunächst den Gesetzentwurf zum Schutz der Arbeitswilligen betrifft, so behauptet er frischweg: „Die gesamte Wissenschaft ist gegen die Zuchthausvorlage und ebenso die aufgeklärten konservativen Aristokraten und Beamten.“ Ist das schon, objektiv genommen, eine unglaublich leichtfertige Behauptung, so steht der Beweis, den er dafür zu erbringen versucht, mit der Wahrheit auf noch viel ge-

spannter Fuß. Er sagt nämlich wörtlich: „Das hat in unzweideutiger Weise gerade die von konservativen Heißspornen inszenierte Herrenhausverhandlung darge-
gethan, wo sich Professor Schmoller mit dem ehemaligen Führer der Reichspartei,
Grafen Behr-Behrenhof, einem vorurteilslosen Edelmann besten Schlags, und dem
Reichsbankpräsidenten Koch in der Opposition zusammenfand.“ Dabei hat nun
aber in der Herrenhausitzung vom 5. Juli der Oberbürgermeister Becker namens
seiner Fraktion, d. h. der großen Mehrheit der einundzwanzig Herren, die außer
Schmoller gegen den Antrag Mirbach stimmten, in unzweideutigster Weise erklärt,
daß ihr Votum mit dem Inhalt des Gesetzentwurfs zum Schutz der Arbeitswilligen
nicht das geringste zu schaffen habe, und daß es in keiner Weise als eine Zu-
stimmung zu dem Reichstagsbeschuß vom 22. Juni anzusehen sei, sich vielmehr
allein gegen den Antrag Mirbach und dessen besondrer Tendenz richte. Dagegen
hat sich Schmoller ganz ausdrücklich gegen den dem Reichstag vorliegenden Geset-
entwurf selbst und zugleich seine Übereinstimmung mit der Haltung der Reichs-
tagsmehrheit erklärt. Sonst hat von der Minorität überhaupt niemand gesprochen.

Wie in aller Welt konnte der Historiker Delbrück in seinen Jahrbüchern, die
doch vom Standpunkt der unbefangenen Wissenschaft die Wahrheit feststellen wollen,
eine solche Unrichtigkeit drucken lassen? Es liegt hier doch mindestens eine Fahr-
lässigkeit vor, die nicht einmal dem Journalisten Delbrück verziehen werden kann,
geschweige dem Historiker.

Und nicht weniger groß ist die Fahrlässigkeit des Urteils, wenn Delbrück dann
weiter schreibt: „Nicht als ob diese Herren (Graf Behr und Koch) nicht, gerade
wie wir an dieser Stelle es stets ausgesprochen haben, den Streikterrorizmus für
ein großes Übel hielten und sehr gern bereit wären, Maßregeln zu unterstützen,
die geeignet sind, ihn zu beseitigen. Aber die praktische Wirkung des Gesetzes wäre
nicht die Unterdrückung des Streikterrorizmus, sondern der Koalitionsfreiheit der
Arbeiter, soweit solche schon existiert. Und diese, das darf man heute als das ein-
stimmige Urteil der Wissenschaft hinstellen, sollte nicht unterdrückt, sondern in feste
gesetzliche Formen gebracht und erweitert werden.“ Selbst wenn man zugiebt, daß
der letzte Satz, wenigstens soweit die Kathedersozialistische Wissenschaft in Betracht
kommt, richtig ist, so bleibt doch die Behauptung, das Gesetz bedeute die Unter-
drückung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter, eine zweite offenbare Unrichtigkeit,
worüber die in den Grenzboten ausführlich dargelegten Verhandlungen der General-
versammlung des Vereins für Sozialpolitik von 1897 keinen Zweifel lassen können.
Delbrücks journalistische Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit steht in diesem Falle
auf derselben Höhe wie die der demokratischen und sozialdemokratischen Agitations-
presse, die ebenso mit dem Schlagwort „Zuchthausvorlage“ operiert und sich blind
und taub dafür stellt, daß die verbündeten Regierungen, um die Koalitions- und
Streikfreiheit der Arbeiter aufrecht erhalten und, soweit nötig, auch noch erweitern
zu können, eine Verstärkung der Machtmittel des Staats gegen den Streikterro-
rizmus verlangen, und daß sie sich dabei durchaus auf die Anschauungen der
„Wissenschaft“ berufen können, soweit diese feststehn und klar sind. Delbrück selbst
hat auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß von 1898 den gar nicht unvernünftigen
Auspruch gethan: „Die Arbeiterschaft wird auch organisiert nicht vernünftiger sein,“
und er hat damals überhaupt an der Koalitions- und Gewerkevereinstheorie eine so
vernichtende Kritik geübt, daß der Standpunkt, auf den er sich heute stellt, jeder
sachlichen Berechtigung bar erscheinen muß oder eigentlich gar keiner ist. Er steht
in der Opposition, das ist alles. Die Rolle gefällt ihm vorläufig, und man kann
ihm dieses Vergnügen ja gönnen. Nur auf den wissenschaftlichen Rothurn sollte

er dabei verzichten! Es wäre ja die reine Falschmünzerei, wollte er seine journalistische Opposition der werten Kundschaft als eine wissenschaftliche anbieten.

Vollends zur Karikatur aber wird seine Oppositionsrolle, wenn er schließlich sagt, die Annahme des „Zuchthausgesetzes“ würde als das geringere Übel im Vergleich mit der Annahme der Kanalvorlage schon deshalb anzusehen sein, weil der „Mückschlag dann um so stärker werden“ würde, denn es sei schlechthin ausgeschlossen, daß ein Staat von so großer sozialpolitischer Tradition wie der unsre sich „dauernd auf eine Politik der bloßen Repression und der Klassenherrschaft beschränkt.“ Also das soll die Bedeutung des Verlangens der verbündeten Regierungen nach besserem Schutz der Arbeitswilligen sein? Sie hätten damit die Absicht kund gegeben, sich auf eine Politik der bloßen Repression und der Klassenherrschaft beschränken zu wollen? Wenn es im „Vorwärts“ stünde, würde man es als Brunnenvergiftung bezeichnen müssen, in diesem Falle ist es nur unverantwortlicher Leichtsin. In dieser Sache hat die Wissenschaft aber die Pflicht, endlich der Wahrheit und dem Ernst wieder zu ihrem Recht zu verhelfen, will sie nicht zur Sklavin einer korrumpierten öffentlichen Meinung herabsinken. Selbst wenn einem in der ganzen Vorlage nicht ein einziger Paragraph diskutabel erschiene — Herrn Schmoller sind sie alle diskutabel —, so müßte man es doch, wenn man überhaupt logisch denken kann, als absurd bezeichnen, daß der Gesekentwurf als Beweis für eine solche soziale Gesinnung der verbündeten Regierungen ausgegeben wird, wie es hier geschieht. Wo sind denn die Beweise für diese Gesinnung? Nichts ist in der ganzen jahrelangen Entrüstungskomödie gegen den „neusten Kurs“ zu Tage gefördert worden, als jämmerlicher persönlicher Matsch und müßige Vermutungen über den Einfluß von „Scharfmachern“ und dergleichen. Denn daß die für das Wohl des Vaterlands und des ganzen Volks verantwortlichen Regierungen nicht blind und übereilt den „Idealen“ aller Professoren und Privatdozenten, über die sich diese selbst noch lange nicht klar und unter einander einig sind, zur Verwirklichung verhelfen, kann doch einem Politiker von gesundem Verstande nicht als Beweis dafür gelten, daß der Kaiser und die, die mit ihm Repressionen gegen den Mißbrauch der Streikfreiheit für nötig halten, deshalb von allen weiteren sozialen Reformen Abstand nehmen wollen. Tritt die Wissenschaft nicht kräftig der weiteren Korruption der öffentlichen Meinung entgegen, so wird sie die Hauptschuld daran haben, wenn dringend nötige soziale Reformen verzögert werden.

Kann und will die Wissenschaft diese Korrektur einer auf Abwege geratenen öffentlichen Meinung nicht leisten, so brauchen natürlich die Regierungen vorläufig auch gar nichts auf ihre Opposition zu geben.

Über die Kanalvorlage sagt Professor Delbrück: „Auch hier hat die Regierung keineswegs die Stimme der Wissenschaft für sich. Sie hat sie auch nicht so unbedingt gegen sich, wie bei der Zuchthausvorlage. Viele Gelehrte halten mit ihrem Urteil vorsichtig zurück. Aber die wissenschaftliche Literatur, die sich für das Kanalprojekt ausgesprochen hat, ist jedenfalls sehr dürftig, und was von Theoretikern gegen die Kanäle ins Feld geführt worden ist, viel gewichtiger.“

Das ist doch ein sehr schwächliches Fundament für die Opposition des Herrn Delbrück, das ihn eigentlich dringend zur vorsichtigen Zurückhaltung mit seinem Urteil mahnen sollte. Trotzdem urteilt er mit voller professoraler Unfehlbarkeit über die Sache: „Der Kanalbau ist viel gefährlicher, denn er untergrübe die Zukunft unserer Finanzen, die, einmal erschüttert, nicht so leicht wieder zu befestigen sind. Nicht bloß auf das tüchtige, stets kampfbereite Heer, sondern ebenso sehr auf den wohlgefüllten Schatz war die Politik der alten preussischen Könige aufgebaut.“

Ergiebt, wie mit der größten Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, das Kanalbauern ein wirtschaftliches Fiasko, so bringt es die soliden preußischen Finanzen in eine schwer heilbare Zerrüttung."

Das ist seine ganze Weisheit, denn ein dann noch zum besten gegebener Vergleich mit dem „Panama“ der Franzosen ist nichts als ein gedankenloser Zierat. Man wird in der Tagespresse kaum eine oberflächlichere Behandlung der Sache finden können, als sie hier vom Standpunkt der Wissenschaft geleistet wird. Wer das redliche Bemühen der Wissenschaft — zu der freilich nicht allein die Universitätsgehörigen gehören — darüber zu einem Urteil zu gelangen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Kanalbau neben den Eisenbahnen noch als volkswirtschaftlich vernünftig gelten kann, seit zwanzig Jahren verfolgt hat, der wird nach gewissenhaftem Studium der Mittellandkanalvorlage die Zerrüttung der preußischen Finanzen am wenigsten gegen den Entwurf ins Treffen führen können. Es ist selten bei der Begründung einer Vorlage so gründlich auf die theoretischen Einwendungen gegen den Kanalbau überhaupt Rücksicht genommen worden, wie in diesem Falle; und die Erläuterungen der Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten bei der ersten Lesung im Abgeordnetenhaus und in der Kommission stehen durchaus auf der Höhe der Wissenschaft, gerade auch darin, was die volkswirtschaftliche Vorsicht anbetrifft, die in solchen mit den Fortschritten der Technik zusammenhängenden Fragen ganz besonders geboten ist. Die wissenschaftlichen und technischen Sachverständigen haben sich verantwortlich dahin erklärt, daß ein wirtschaftliches Fiasko beim Mittellandkanal, wie er geplant ist, im höchsten Grade unwahrscheinlich ist. Die Opponenten unter den Fachleuten sind eine verschwindende Ausnahme. Leider gehört Professor Cohn, dessen Urteil gewiß Anspruch auf Beachtung macht, auch noch zu ihnen. Aber selbst wenn er Recht behielte, wäre Delbrücks Prognose immer noch eine ganz ungeheure Übertreibung. Von einer Zerrüttung der preußischen Finanzen könnte auch in diesem Falle niemals die Rede sein, zumal da der Staat den Kanalbetrieb ebenso wie die Eisenbahnen in der Hand hat. Auch hier opponiert Herr Delbrück nur, weil es ihm so gefällt.

Wir unsrerseits halten die Annahme der Kanalvorlage im preußischen Abgeordnetenhaus vorläufig noch für ebenso unsicher, wie daß die Reichstagsmehrheit Ernst und Einsicht genug haben wird, die Thorheit und das Unrecht der Demonstration vom 19. bis 22. Juni wieder gut zu machen. Das bestehende Parteiwesen und die mit ihm in Wechselwirkung stehende Verworrenheit der öffentlichen Meinung müssen ganz natürlich eine vernünftige Politik der Parlamente vereiteln. Aber die deutsche Bildung, die deutsche Wissenschaft und der deutsche Volkscharakter werden schon noch rechtzeitig mit der Modenarrheit fertig werden. Je toller sie es treibt, desto eher. Möchten nur die verbündeten Regierungen die Narrheit nicht tragischer nehmen, als sie es verdient. So was muß nun einmal austoben, und das beste müssen wir gebildeten Staatsbürger doch selbst dazu thun.

